



16.02.2011

<http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/15/0,3672,8212911,00.html>



imago/Sämmer

## Richter von Ministers Gnaden

### Wie unabhängig ist die Justiz in Deutschland?

von *Sebastian Engelmann*

Die Justizminister der Länder benennen Richter und Staatsanwälte. Juristen halten dieses System für verfassungswidrig. Ein Fall in Rheinland-Pfalz zeigt, wie massiv der politische Einfluss auf die Justiz sein kann.

Die Opposition im rheinland-pfälzischen Landtag fuhr heute das schwerste Geschütz auf, über das die Politik überhaupt verfügt: eine Ministeranklage gegen den SPD-Justizminister Heinz Georg Bamberger. Bamberger habe die Landesverfassung missachtet, so der Vorwurf von CDU und FDP. Die SPD-Mehrheit im Parlament lehnte den Antrag erwartungsgemäß ab, es bleibt allerdings die Frage, wie unabhängig die Justiz in Deutschland ist?

### SPD-Minister bevorzugt SPD-Richter

Der Hintergrund: Justizminister Bamberger hatte im Jahr 2007 einen parteinahen Kandidaten als Präsident des Oberlandesgerichtes Koblenz durchgedrückt, und dabei die Rechte des Alternativkandidaten mit CDU-Parteibuch verletzt. Diese Entscheidung kassierte dann das Bundesverwaltungsgericht im vergangenen Jahr, ein einmaliger Vorgang. In der Urteilsbegründung heißt es, der Minister habe sich nicht "aussagekräftiger Auswahlkriterien" bedient. Ein besonders plumpes Beispiel für politische Einflussnahme bei einer Richterernennung, aber kein Einzelfall.

"Natürlich gibt es solche Beeinflussung öfters, die Politik will ihre eigenen Leute durchbringen, um Eignung und Leistung geht es dann dabei nicht", sagt Christine Nordmann, Sprecherin der Neuen Richtervereinigung und selbst Richterin am Verwaltungsgericht Schleswig-Holstein. "Der Justizminister als Teil der Exekutive steht an der Spitze der Justiz, daher sind die Gewalten nicht klar getrennt, das ist nicht verfassungskonform", sagt Nordmann.

### Politischer Einfluss auf die Justiz wächst

Tatsächlich ist die Justiz in Deutschland organisatorisch nicht getrennt von der Ministerialbürokratie. Die Justizminister der Länder benennen Richter und Staatsanwälte, zudem entscheiden sie über den Justizhaushalt. Diese Struktur stört auch den deutschen Richterbund, er sieht dadurch die Unabhängigkeit der

Justiz gefährdet: "Die Exekutive nimmt einen zunehmenden Einfluss auf uns, vor allem bei Personalentscheidungen", sagt Thomas Edinger vom Richterbund Rheinland-Pfalz.

Auch die Staatsanwaltschaft scheint wegen dieser Struktur nicht frei von politischen Einflüssen. So waren vor zwei Jahren vier Frankfurter Steuerfahnder zwangspensioniert worden, die zuvor vor allem auf die Banken angesetzt waren. Vermutlich war dies politisch gewollt, da der Finanzplatz Frankfurt nicht gefährdet werden sollte.

### **Länder wollen keine Justizreform**

Auch im Flowtex-Skandal in Baden-Württemberg hatte die Staatsanwaltschaft eine merkwürdige Rolle gespielt. Ein Wirtschaftsbetrüger hatte jahrelang Bohrmaschinen verkauft und zurückgeleast, die es gar nicht gab. Dabei soll er auch Geld für die politische Landschaftspflege bezahlt haben. "Es war auffällig, wie wenig die Staatsanwaltschaft den Hinweisen nachgegangen ist, dass Regierungspolitiker Geld bekommen hatten", sagt der Journalist Meinrad Heck, der ein Buch über den Flowtex-Skandal geschrieben hat.

Damit die Justiz unabhängiger von der Politik wird, hatte der damalige Hamburger Justizsenator Till Steffen (Grüne) vor zwei Jahren eine Initiative gestartet. Ein Justizwahlausschuss, besetzt mit Abgeordneten, Richtern und Anwälten, solle künftig Personalentscheidungen treffen. Zudem solle die Justiz direkt mit dem Parlament über den Haushalt verhandeln. "Auf Interesse bei meinen Justizministerkollegen bin ich dabei allerdings nicht gestoßen", sagt Steffen.

Warum auch? Schließlich garantiert das jetzige System einen ordentlichen politischen Einfluss.